

Deutschland muss die Zivilgesellschaft in Myanmar mehr unterstützen

Das neue politische Briefing von GSM unterstreicht die Dringlichkeit, aber auch die Chance für Deutschland, eine stärkere Führungsrolle bei der Reaktion auf die Demokratiebewegung in Myanmar einzunehmen. Die Broschüre beleuchtet die tiefgreifende Krise in Myanmar und die ausgeprägte Widerstandsfähigkeit der Demokratiebewegung. Entscheidende Defizite im aktuellen deutschen Ansatz werden diskutiert und analysiert. Darauf basierend werden konkrete Empfehlungen vorgestellt, um diese Defizite anzugehen.

Hintergrund

Seit dem Militärputsch 2021 ist Myanmar mit eskalierender Gewalt, weitreichenden Menschenrechtsverletzungen und massiver Vertreibung und Flucht innerhalb und außerhalb des Landes konfrontiert. Mindestens 7.234 Zivilist*innen wurden getötet; 3,5 Millionen Menschen wurden zur Flucht innerhalb von Myanmar gezwungen; circa 22 Millionen Menschen benötigen humanitäre Hilfe. Trotz begrenzter internationaler Sanktionen ist die Junta weiter an der Macht, während die pro-demokratische Bewegung unter lebensbedrohlichen Bedingungen weiter Widerstand leistet.

Internationale Reaktion

Globale Bemühungen von Seiten der UN, der EU und ASEAN, um die Gewalt zu stoppen, sind weitgehend gescheitert. Darüber hinaus wird durch die Rolle Chinas die geopolitische Situation weiter verkompliziert.

Grundlegende Empfehlungen für die deutsche Regierung

Jenseits des sog. 5-Punkte Konsensus der ASEAN: Deutschland hat viel zu sehr auf ASEANs einseitigen und begrenzten Konsensus vertraut, der die Gewalt nicht stoppen konnte. Daher muss Deutschland ASEAN dazu drängen, härtere Maßnahmen jenseits dieses Konsensus zu ergreifen und sicherstellen, dass Myanmar in der strategischen Kooperation von EU und ASEAN an zentraler Stelle bleibt.

Verurteilung und Nicht-Legitimation: Zwar gibt es Verurteilungen der Junta, doch sie zeigen wenig Wirkung. Deutschland und die EU müssen die Militärjunta konsequent verurteilen, ihre Beteiligung auf der internationalen Bühne blockieren und ihr jegliche Legitimität verweigern.

Sanktionslücken schließen: Die bisherigen Sanktionen sind schwächer als die der USA und Großbritanniens. Um die Lebensadern der Junta zu kappen, müssen neue Sanktionen auf staatliche Banken, Flugzeugbenzin und Mittelsmänner, die das Regime beliefern, zielen.

Einbindung der Myanmarischen Demokrat*innen: Das National Unity Government (NUG), das Committee Representing Pyidaungsu Hluttaw (CRPH) und die ethnischen revolutionären Organisationen werden zu wenig beachtet. Deutschland sollte ihre Einbindung durch Dialog, finanzielle und nicht letale Unterstützung befördern.

Mehr Hilfe bereitstellen: Substanzielle Aufstockung der grenzüberschreitenden Hilfe, bei der sichergestellt sein muss, dass sie über lokale Organisationen und die Zivilgesellschaft erfolgt und nicht durch die von der Junta kontrollierten Kanäle und Programme.

Stärkere Rolle des Parlaments: Der Bundestag hat keine strukturierte Steuerung zu Myanmar. Ein „Freundeskreis“ für Myanmar, ähnlich wie der Kreis zu Taiwan, würde es den deutschen Abgeordneten ermöglichen, die Policy zu überprüfen und die Unterstützung für Myanmars Demokratie zu stärken.

Schutz der Flüchtlinge und der Diaspora: In Deutschland und der EU erfahren Flüchtlinge aus und Aktivist*innen aus Myanmar weiter wenig Unterstützung. Besserer Schutz und entsprechende Mittel würden es ihnen ermöglichen, sich für die Demokratiebewegung einzusetzen.

Gerechtigkeit angesichts der Gräueltaten: Deutschland hat die Chance, sich für Rechenschaft einzusetzen, indem es die Verfahren am Internationalen Gerichtshof und dem Internationaler Strafgerichtshof unterstützt und innerstaatliche Rechtswege zur Verfolgung von Gräueltaten durch universelle Rechtsprechung ausbaut.

*„_Und solange diese Ressourcen weiter
fließen, werden sie (die Militärjunta) weiterhin
erheblichen Schaden anrichten - und sie zögern
nicht, dies zu tun._“*

Tom Andrews, UN -Sonderberichterstatter Myanmar, Juni 2025

Pressekontakt:
Susan
[phyoe@solidarity-
myanmar.de](mailto:phyoe@solidarity-myanmar.de)